

In Kooperation mit

MISEREOR
IHR HILFSWERK

AbL
Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

2/2016

MILCHWIRTSCHAFT
& WELTHANDEL

Petition: Kühe und Bauern
nicht verpulvern! Seite 2

Glyphosat in aller Munde.
Seite 3

Sachcomic „Mensch.
Macht. Milch.“ Seite 4

EDITORIAL

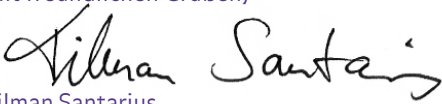


Tilman Santarius
Mitglied im Vorstand
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

alles in Butter bei Ihnen? Sollte es eigentlich sein, denn Milchprodukte sind so günstig wie noch nie. Dafür blicken aber die Milchbäuerinnen und -bauern, die deshalb rote Zahlen schreiben wie noch nie zuvor, in eine milchig-trübe Zukunft. Die Krise geht über Europa hinaus: Weltweit wird der Weidehaltung und den von ihr lebenden Höfen die Existenzgrundlage entzogen. Die Milchkrise ist übrigens ein Lehrstück für die ganz großen Fragen: Angebot und Nachfrage auf (scheinbar) freien Märkten – führt das zu gesellschaftlich sinnvollen Ergebnissen? Im speziellen Fall der Landwirtschaft sind Zweifel angebracht. Nur weil ein Überangebot an Milch besteht, essen wir nicht plötzlich Unmengen mehr Quark, Joghurt & Co. Und der massive Preisverfall führt auch nicht dazu, dass alle etwas weniger Milch produzieren, sondern zum Exitus der Kühe aus dem Landschaftsbild. Bisher haben die politischen Antworten auf die Krise versagt. Sollen öffentliche Agrar-Subventionen etwa noch mehr erhöht werden, nur um ein weiteres (Export-)Wachstum der Molkereien zu ermöglichen? Das riecht nach Wachstum um jeden Preis. Ein beherztes Vorgehen der Politik sollte an den Wurzeln des Problems ansetzen: Mengengrenzung, Preisstabilisierung und eine Abkehr von der Exportorientierung sind jetzt angesagt!

Mit freundlichen Grüßen,



Tilman Santarius

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Rene Millogo
Direktor von Plate-forme
d'Actions à la Sécurisation des
Ménages Pastoraux (PASMEP),
der Aktionsplattform zur Sicherung
viehhaltender Haushalte
in Burkina Faso

Germanwatch verdeutlicht mit seinen Analysen die Auswirkungen der deutschen und europäischen Agrar- und Handelspolitik und erhöht so das Bewusstsein dafür. Vor allem ihre Arbeit zur Milchpolitik ist für uns sehr hilfreich.

Die Milchkrise wird global

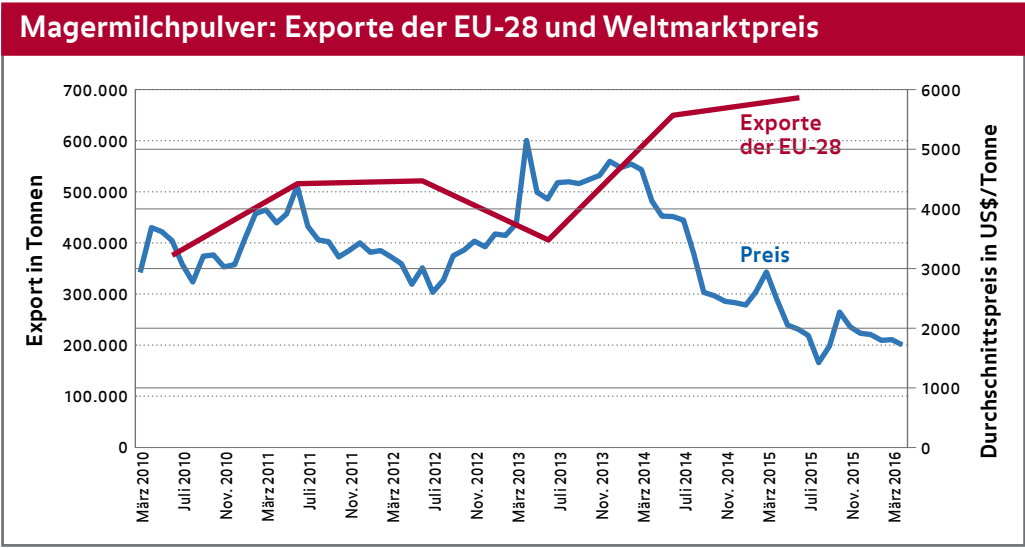
Steigende Exporte gefährden Entwicklungschancen

Die Milchmärkte in der Europäischen Union befinden sich in einer schweren Krise. Die Preise sind weit unter die Produktionskosten gesunken (siehe Artikel von Berit Thomsen auf Seite 2). Mittlerweile leiden aber nicht nur die europäischen Bauern und Bäuerinnen unter dieser Krise. Die Weltmarktpreise für die wichtigsten international gehandelten Milchprodukte Milchpulver und Butter sind auf ein historisch niedriges Niveau gefallen. Selbst die ErzeugerInnen in Neuseeland, einem der kostengünstigsten Milchproduzenten, machen Verluste.

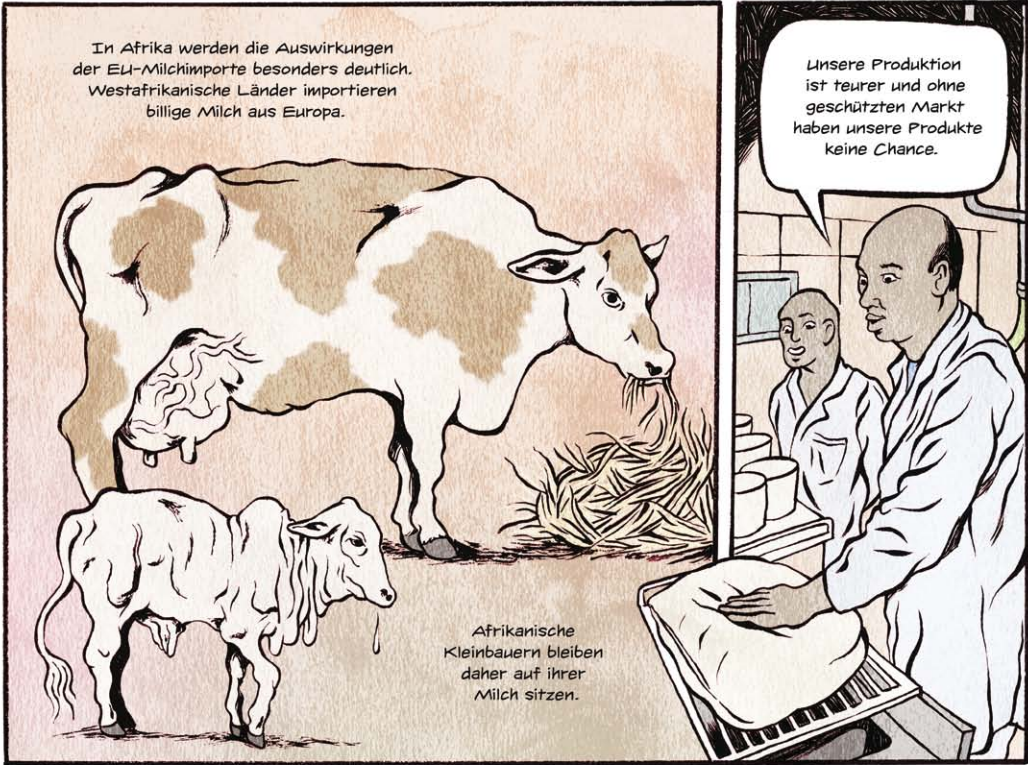
Über die Ursachen der Krise herrscht unter ExpertInnen Einigkeit: Die Milcherzeugung ist in den letzten Jahren weltweit deutlich stärker gestiegen als die Nachfrage. Insbesondere die wichtigsten Exportnationen Neuseeland, EU, USA, Australien und Argentinien haben die Erzeugung seit 2011 um mehr als 20 Millionen Tonnen gesteigert, obwohl der inländische Verbrauch in all diesen Ländern stagniert. Besonders stark stieg die globale Milchproduktion 2014. Die weltweite Nachfrage hielt mit diesem rasanten Produktionsanstieg nicht Schritt. Die Folge: ein drastischer Preisverfall. Der globale Preisindex der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO für Milchprodukte hat sich seit Mitte 2013 fast halbiert.

EU trägt die größte Verantwortung

Die EU ist mit fast 11 Millionen Tonnen für mehr als die Hälfte der zusätzlichen Produktion in den wichtigsten Exportländern verantwortlich. Die Milchquote, die die Produktion 30 Jahre lang begrenzt hatte, lief im April 2015 aus. Doch schon davor steigerten viele EU-Betriebe als Reaktion auf hohe Milchpreise 2013 ihre Erzeugung und produzierten allein 2014 sechs Millionen Tonnen mehr Milch als im Vorjahr. Damit war sie in jenem Jahr für mehr als 60 Prozent des Produktionszuwachses der Hauptexportländer verantwortlich. Ein großer Teil der zusätzlichen Erzeugung in der EU wird in Form von Magermilchpulver exportiert. Die Grafik unten zeigt einen engen Zusammenhang zwischen dem Anstieg der EU-Magermilchpulverexporte und dem Verfall der Weltmarktpreise.



Anders als in Neuseeland und Australien ist die Milcherzeugung in der EU auch 2015 weiter gewachsen und auch in den ersten Monaten dieses Jahres weiter angestiegen. Die EU ist damit nicht nur hauptverantwortlich für den bisherigen Preisverfall, sondern verhindert auch weiterhin eine Erholung. Die Milchquote ohne flankierende Maßnahmen auslaufen zu lassen, hat sich damit als verheerende Entscheidung erwiesen – sowohl in der EU als auch weltweit. In vielen Entwicklungsländern mit relativ offenen Märkten für Milchprodukte, schlagen die niedrigen Weltmarktpreise auf die lokalen Preise durch und verringern Einkommensperspektiven im ländlichen Raum.



Bilder aus dem Sachcomic „Wie Konzerne unsere bäuerliche Landwirtschaft verpulvern“, Bestellinfos und weitere Informationen über den Comic finden Sie auf Seite 4. (Illustration: Moritz Stetter)

Milch bekämpft Armut

In vielen Ländern Afrikas gehören ViehhalterInnen zu den ärmsten und am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Besonders Frauen haben kaum Möglichkeiten, ein eigenes Einkommen zu erzielen, da den Männern die Tiere gehören und sie durch deren Verkauf Geld verdienen. Traditionell sind Frauen in vielen afrikanischen Ländern aber für die Milchkühe verantwortlich. Milch wurde bislang überwiegend selbst konsumiert oder mit Ackerbäuerinnen und -bauern gegen Getreide und andere Feldfrüchte getauscht. Seit einigen Jahren entstehen Initiativen, Milchprodukte auch gegen Geld zu verkaufen. Frauengruppen gründen dazu Kleinstmolkereien, in denen sie ihre Milch pasteurisieren oder zu Joghurt weiterverarbeiten. Veränderte Konsumgewohnheiten und die zunehmende Verstädterung nicht nur in Metropolen, sondern auch in Klein- und Mittelstädten nahe der Viehhaltungs-

porte der EU und sinkende Weltmarktpreise gefährden dies. Bundeskanzlerin Angela Merkel betont immer wieder, dass gerade Afrika wirtschaftliche Perspektiven braucht, um Flucht und Migration zu kontrollieren. Dazu sind Einkommen und Beschäftigung im Milchsektor sicher besser geeignet als der Zugang zu billigem Milchpulver.

Die Menge reduzieren – auch aus internationaler Verantwortung

Die EU steht nun intern und international in der Verantwortung, Produktion und Exporte zu begrenzen, um höhere und stabilere Milchpreise zu ermöglichen. Die deutsche und europäische Politik setzt bisher auf kurzfristige Liquiditätshilfen und bringt – da direkte Exportsubventionen verboten sind – staatlich geförderte Exportkredite ins Spiel. Damit verschärft sie das Problem, statt es zu lösen.

Stattdessen wäre es sinnvoll, dass Molkereien den Milcherzeugern, die ihre Produktion reduzieren, einen höheren Preis zahlen. Unterstützt durch finanzielle Anreize der EU, der Bundesregierung und der Länder. Solche kurzfristigen Maßnahmen sind zu einer europaweiten Krisenprävention weiterzuentwickeln. Die EU sollte die Produktion präventiv begrenzen, wenn sie einen Preisverfall durch Überproduktion erwartet.

Die Instrumente zum kurzfristigen Mengenmanagement sind so schnell wie möglich mit einer grundlegend anderen Strategie für die Milcherzeugung zu verknüpfen. Statt auf Niedrigstpreise bei Standardprodukten wie Milchpulver zu setzen, sollten Deutschland und die EU vor allem Qualitätsprodukte mit hoher Wertschöpfung erzeugen. Eine veränderte Fütterung, beginnend mit weniger Kraftfutter, kann der Einstieg dazu sein. Die kurzfristigen Anreize zur Mengengrenzung sollte die EU damit verbinden, neben der Biomilch weitere Qualitätsmerkmale wie gentechnikfreie Fütterung, Einsatz überwiegend regionaler Futtermittel, Heumilch oder echte Weidemilch zu fördern. Durch Beratung bei Erzeugung und Vermarktung sowie Herausstellen der besonderen Produktqualität lassen sich kaufkräftige Marktsegmente erschließen und ausbauen. Eine angemessene, transparente und staatlich garantierte Kennzeichnung der Haltung und Fütterung von Milchkühen unterstützt dies zusätzlich.

Tobias Reichert

Exportorientierte Agrarpolitik ruiniert Milchhöfe

Der Milchpreis in Deutschland und auch in anderen EU-Ländern rutscht immer weiter ab. Erste norddeutsche Molkereien zahlen unter 20 Cent pro Kilo Milch. Die Produktionskosten liegen bei mehr als 45 Cent für ein Kilo. Die Folgen sind brutal. Im letzten Jahr mussten 3.200 Milchhöfe in Deutschland aufgeben. In Litauen werden sogar nur noch 8 bis 15 Cent je Kilo Milch ausgezahlt bei im Schnitt 33 Cent Produktionskosten. Grund für diese Misere ist das ersatzlose Auslaufen der Milchmengenbegrenzung im letzten Jahr und die Förderung des Baus größerer Ställe für Milchbetriebe. Die Milchwirtschaft hat auf betrieblicher Ebene reagiert, die Ställe vergrößert und die Milcherzeugung angekurbelt. Das damit einhergehende Überangebot an Milch auf dem europäischen Markt drückt den Erzeugerpreis nach unten.

Diese Politik nutzt der exportorientierten Molke-
reiwirtschaft. Sie wollen Märkte außerhalb der EU erobern, wo die Preise tendenziell niedriger sind. Auch erhofft sich die europäische Molke-
reiwirtschaft mehr Exporte durch TTIP, das um-
strittene Handelsabkommen zwischen EU und USA. Die Exporte insbesondere von Massen-
ware aus der EU sind enorm gestiegen. Und noch etwas nutzt den Molkereien: Sie kalkulieren ihre Kosten rückwärts, das heißt, wenn Lebens-
mitteldiscounter bei Vertragsabschlüssen die Milchpreise aufgrund der Übermengen drücken können, geben die Molkereien die Preissenkung bequem an ihre Lieferanten weiter.

Die Situation auf den Höfen beschreibt Annelie Wehling, Milchbäuerin und Mitglied im Bundes-
verband Deutscher Milchviehhalter (BDM): „Die meisten Milcherzeuger sind total überrascht, und sagen, dass hätten sie nicht gedacht, dass der Wegfall der Quote solche extremen Auswirkun-
gen haben wird. Ich bin empört, wie man eine gewachsene, gesunde Struktur mit solch einer Vorgehensweise regelrecht vernichtet zugunsten einiger Weniger.“

Molkereien blockieren Maßnahmen

Die Molkereien, allen voran die größte Deutsch-
lands, das Deutsche Milchkontor (DMK), wei-

gern sich, die Ursache dieser Krise anzugehen und die preiszerstörenden Überschüsse abzubauen. Dass dies schnell, unbürokratisch und wirk-
sam möglich ist, hat die niederländische Molke-
rei FrieslandCampina Anfang dieses Jahres in einem Notfallprogramm bewiesen: Mit einem Bonus-
Programm hat sie ihre Milcherzeuger hono-
riert, wenn diese über einen bestimmten Zeit-
raum die Milchmenge nicht ausdehnen oder so-
gar reduzieren. Ein Großteil der Lieferanten zog mit und die Menge konnte begrenzt werden. Au-
ßerdem sind weitere Molkereien diesem Beispiel gefolgt. Um aber eine Wirkung auf dem gesam-
ten Markt zu erzielen, müssen noch mehr Molke-
reien und insbesondere marktbeherrschende wie das DMK mitziehen.

„Seit Monaten fordern wir die DMK-Spitze auf, einen aktiven Beitrag zur Lösung der Krise am Milchmarkt zu leisten und einen befristeten Bon-
us für Mengenvernunft einzuführen“, kritisiert Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL. „Die DMK-Molkereiführung hat das rundweg abgelehnt, obwohl auch sie die Übermenge am Milchmarkt für den starken Preisverfall verant-
wortlich gemacht hat. Sie ist noch nicht einmal zu so einem Bonus bereit, wenn andere Mol-
kereien mitziehen. Die Quittung sind fallende Milchpreise, bei denen die Milchbauern durch die Bank Verluste machen. Die Spitze dieser Genossenschaftsmolkerei handelt unverantwort-
lich“, so Georg Janßen weiter.

Menge muss gedrosselt werden

Da marktführende Molkereien keine Verantwor-
tung übernehmen, muss jetzt der Staat umgehend handeln. Die jüngste Agrarministerkonferenz im April 2016 in Deutschland oder auch die fran-
zösische Regierung und jetzt sogar EU-Agrar-
kommissar Phil Hogan zeigen richtungswei-
sende Maßnahmen auf, um die erzeugte Menge wirksam zu reduzieren. Aber Bundeslandwirt-
schaftsminister Christian Schmidt und die ge-
samte Bundesregierung blockieren noch. Zwar übernimmt er Phrasen der Milchbauernbewe-
gung, aber im Kern schindet er Zeit und riskiert dadurch, dass noch mehr Höfe ausbluten. Dabei muss sich der Landwirtschaftsminister jetzt da-

für einsetzen, auf EU-Ebene obligatorisch die Menge zu drosseln, um schnellstmöglich der Milchkrise entgegenzuwirken. Aber auch für die Zukunft sind krisenpräventive Marktme-
chanismen zu installieren: Wenn sich bei der Marktbeobachtungsstelle der EU-Kommission ein Preisverfall durch Überproduktion ankün-
digt, sind mittels eines Bonus-Malus-Systems Produktionsbegrenzungen herbeizuführen. Be-
triebe, die weniger liefern, werden honoriert und Betriebe, die in dieser Phase weiterhin zur Überproduktion beitragen, müssen eine Abgabe zahlen.

Außerdem ist „für eine nachhaltige Preiswende am Milchmarkt eine gemeinsame Strategie mit den Bauern notwendig, um für eine gezielte Ver-
ringerung der Milchmenge zu sorgen“, so Georg Janßen. „Die Überschüsse im Markt müssten ge-
zielt abgebaut werden, etwa durch Reduzierung der Kraftfuttergaben oder Milchverfütterung an Kälber.“ Des Weiteren fordert die AbL, die euro-
päische Eiweißlücke zu schließen und vermehrt heimische Hülsenfrüchte anzubauen. Die Kühe sind wieder auf höhere Lebensleistung zu züch-
ten statt einseitig auf kurzfristige Milchleistung.

Weidehaltung und gentechnik-
freie Fütterung müssen geför-
dert werden.

Die Milch ge-
nießt in der Gesellschaft zu Recht einen sehr guten Ruf, den es zu verteidigen gilt. Deshalb braucht es Bewegung und Unterstützung auf al-
len Ebenen. Am 17. September finden in sieben Städten in Deutschland die Demonstrationen „CETA & TTIP stoppen“ statt. Vom 30. Septem-
ber bis zum 3. Oktober ist in Berlin der 2. „Wir haben es satt“-Kongress, zum Thema „Landwirt-
schaft Macht Essen“. BürgerInnen sowie Bauern und Bäuerinnen müssen gemeinsam handeln für eine andere Agrarpolitik und für eine zukunfts-
fähige Landwirtschaft.

Berit Thomsen, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Infos zur Demo und zum Kongress:
www.ttip-demo.de
www.wir-haben-es-satt.de



„Wir finanzieren den Molkereien ihre Weltmarkt- eroberungen“

Interview mit Ottmar Ilchmann, Milchbauer in Niedersachsen und stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeits- gemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

Sie haben bereits mehrfach Ak-
tionen vor der größten deutschen Molkerei „Deutsches Milchkontor“ (DMK) mitorganisiert und einmal sogar die Einfahrt für mehrere Stunden blockiert. Wieso demon-
strieren Bauern und Bäuerinnen vor ihren Molkereien?



Ein Milchpreis von unter 50 Cent, die billigsten An-
gebote gibt es mittlerweile für 42 Cent, ist unmoralisch und entwürdigend. Natürlich nutzen die großen Handels-
ketten ihre Marktmacht und die Übermengen an Milch knallhart aus, um die Mol-
kereien im Preis zu drücken. Andererseits hätten sie ohne den Mengendruck gar nicht diese Verhandlungsposition.

In den Boom-Jahren 2013 und 2014 haben sie ja auch anstandslos die wesentlich höheren Preise gezahlt. Es sind doch auch hier wieder die Mol-
kereien, die die Menge gepuscht haben und sie jetzt nicht senken wollen und die dem Lebens-
mitteleinzelhandel die unmoralisch niedrigen Angebote machen!

Warum ist diese Milchkrise so außergewöhn- lich?

Die Krise ist die längste in der neueren Ge-
schichte der Milcherzeugung. 2009 war auch schlimm, aber da ging es nach neun Monaten schon wieder bergauf. Das ist sicher auch eine Folge des Ausstiegs aus der Milchquotierung. Wenn bei den niedrigen Preisen Milcherzeugern die Luft ausgeht und sie ihren Hof aufgeben, übernehmen Wachstumsbetriebe die Flächen und die Kühe und liefern die Milch weiter. Das hatte die Quote 2009 verhindert. Ungewöhnlich ist auch die Deutlichkeit, mit der Politiker, Ag-
rar-„Ökonomen“, Bauernverbandsvertreter und Molkereivertreter jetzt die „Marktberingung“ infolge der Krise gutheißen und sich zum Struk-
turwandel bekennen. Es wird inzwischen offen ein Übergang von einer bäuerlichen in eine in-
dustrialisierte Milchwirtschaft propagiert. Damit werden die Interessen der Bäuerinnen und Bau-
ern und weiterer Teile der Gesellschaft denen der Ernährungsindustrie untergeordnet.

Vielen Dank für das Gespräch!

Interview: Berit Thomsen, Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

PETITION - Bitte mitmachen!

Die Milchpreise sind im Keller. Täglich müssen kleinere Betriebe aufgeben. Die Großmolkereien exportieren billiges Milchpulver und richten auch auf den Märkten in den armen Ländern großen Schaden an.

Die Aktion Agrar ruft zusammen mit Attac dazu auf, ihren Appell an Bundeslandwirt-
schaftsminister Christian Schmidt zu un-
terschreiben. Germanwatch unterstützt die Petition:



Sehr geehrter Herr Minister Schmidt,
jetzt droht rund um die Kühe eine Industrialisierung, wie sie bei Hühnern und Schweinen schon geschah. Lassen Sie nicht zu, dass noch mehr Bauernhöfe kaputt gehen und die regionale Versorgung aus Gunst von Milchfabriken auf der Strecke bleibt!
Wir fordern von Ihnen und Ihrem Ministerium:
– Handeln Sie jetzt sofort: Unterstützen Sie Höfe, die jetzt freiwillig weniger Milch pro-
duzieren!
– Die Kühe müssen auf die Weide! Tier- und Klimaschutz sowie Qualität passen zusammen.
– Wenn „Fair“ draufsteht, muss auch „Fair“ drin sein: Wir fordern eine umfassende Trans-
parenz bei allen Milch-Produkten im Laden. Schützen Sie Begriffe wie „regional“ und
„Weidehaltung“.
– Vergessen Sie die Export-Illusion: Wir brauchen eine bedarfsgerechte Milchproduktion
statt Pulver für den Weltmarkt. Setzen Sie sich auf der EU-Ebene für einen Kurswechsel
weg von der Exportorientierung ein.

Mit freundlichen Grüßen



Jetzt unterzeichnen! www.aktion-agrar.de/hoe-fe-retten

Der Deutsche Bauernverband gibt dem Le-
bensmitteleinzelhandel die Schuld. Immerhin hat Aldi vor einigen Wochen die Trinkmilch-
preise auf 49 Cent heruntergeschraubt.

„Sie wollen uns von Produzenten zu Konsumenten machen.“

Ende Mai 2016 besuchten auf Einladung von Misereor und seiner burkinischen Partnerorganisation Pasmep zwei deutsche Milchbauern, VertreterInnen des European Milkboard und von Germanwatch Molkereien und MilcherzeugerInnen in Burkina Faso.

Die Milchproduktion in Burkina Faso ist ein schwieriges Unterfangen. Es ist heiß, es ist trocken – gerade jetzt zum Ende der Trockenzeit ist kaum zu glauben, dass hier Kühe leben. Und doch entwickelt sich ein Milchsektor. Die Regierung möchte das fördern, setzt dabei aber vor allem auf zwei Regionen um die Metropolen Ouagadougou und Bobo-Dioulasso. Die traditionellen Siedlungsgebiete der Peul, der ViehhalterInnen Burkina Fasos, im Norden und Osten des Landes spielen in den Plänen keine Rolle. Dabei ist es gerade dort notwendig, bessere Perspektiven für Einkommen und Beschäftigung zu schaffen.

Milch ist in Frauenhänden

In der Hauptstadt Ouagadougou treffen wir Madame Gariko. Die energische Frau ist die Pionierin der Kleinmolkereien in Burkina Faso. Seit 1987 produziert und verarbeitet sie zusammen mit anderen Frauen Milch. Die Milch ist in Frauenhänden, 95 Prozent der Milch wird von ihnen produziert. „Als Milch lukrativ wurde, wollten plötzlich auch die Männer in unsere Kooperative aufgenommen werden. Aber das konnten wir verhindern.“ Es ist wichtig für die Frauen, unabhängig von den Männern zu sein. Ihr Ansehen in der Gesellschaft ist sehr gestiegen, seit sie für das Auskommen der Familie sorgen können.

In Tambolo besichtigen wir die kleine Molkerei einer Frauengruppe. 56 Frauen liefern an die Molkerei. Nicht viel – manchmal nur zwei Liter, manchmal acht bis zehn Liter. Jede Familie besteht aus etwa fünf Mitgliedern, die vom Milchverkauf leben. Das Einkommen aus der Milchproduktion reicht, um Futtermittel anzubauen und die Kinder zur Schule zu schicken. Der Dorfvorsteher ist zufrieden mit der Molkerei

und auch mit den Frauen: „Jetzt sind sie selbstständig und die Männer müssen ihnen kein Geld mehr geben.“

Milchkrise in Europa

Dass es in Deutschland Höfe gibt, die mit 160 Kühen um ihre Existenz zu kämpfen haben, erscheint hier unvorstellbar. Die Rahmenbedingungen sind ganz verschieden, trotzdem bewegen die Milchbäuerinnen und -bauern aus Deutschland und Burkina Faso ähnliche Fragen: Wie sieht es mit dem Marktzugang aus, den Futtermitteln, der Ausbildung und der Tiergesundheit? Unsere mitreisenden Milchbauern Christoph Lutze und Johannes Pfaller werden auf jedem Treffen gefragt, warum sie sich auf die lange Reise nach Burkina Faso begeben haben. „Wir wollen nicht, dass unsere Probleme exportiert werden. Europa muss selber etwas tun, um die Milchmenge zu regulieren. Wer andere Länder an der Entwicklung hindert, verhindert die eigene Entwicklung“, sind sie sich einig.

Milchpulver in Burkina Faso

Burkina Faso importiert Milchpulver im Wert von umgerechnet 198 Millionen Euro. In dem Land gibt es aber zehn Millionen Kühe. Die Importe von mit Pflanzenfett angereichertem Magermilchpulver nach Westafrika sind im letzten Jahr auf über 230.000 Tonnen gestiegen und ersetzen dort fast 1,9 Millionen Tonnen Milch. Allein in Burkina haben die Importe von angereichertem Milchpulver seit 2011 von unter 2.000 auf über 5.000 Tonnen zugenommen.

Schon jetzt kostet europäisches Milchpulver nur halb so viel wie lokale Milch. Wir sprechen mit einem Molkereibesitzer aus Bobo-Dioulasso: „Ich nehme auch Milchpulver. Es ist billiger als die lokale Milch. Ich nehme es für die Joghurtherstellung.“ Überall auf den Märkten und in Kiosken finden wir Tütchen mit Milchpulver oder milchpulverähnlichen Produkten. Es gibt Milchpulver aus Irland, Frankreich, Belgien und sogar aus Argentinien. Umgerechnet kostet ein

Liter Milch aus Milchpulver 34 Cent, lokale Frischmilch kostet zwischen 76 Cent und 1,10 Euro.

Frau Gariko ist strikt gegen den Import von Milchpulver: „Die Politik geht in eine falsche Richtung. Die Milch wird auf dem Weltmarkt gehandelt. Burkina setzt die eigene Ernährung aufs Spiel.“ Sie sagt aber auch, dass der Milchsektor in Burkina Faso vernachlässigt wird. „Es sollte eine Politik geben, die den Milchsektor fördert, damit alle Milchproduzenten ihre Produktion erhöhen und einen guten Preis bekommen. Das geht nicht, wenn billiges Milchpulver aus Europa kommt“. Auch die Milchbäuerinnen und -bauern in Fada N’Gourma haben vom Ende der Milchquote gehört. Und sie sorgen sich. Was ist, wenn noch mehr Milchpulver aus Europa kommt?

Unterstützung durch die Politik?

In der Hauptstadt Ouagadougou treffen wir Abgeordnete des Ausschusses für Entwicklung, Umwelt und Klima. Es ist ein sehr intensives Gespräch. Die Neugierde ist auf beiden Seiten groß. Sich gegenseitig zuhören und verstehen – darum geht es. Von den Risiken, die aus dem gerade verhandelten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Westafrika ausgeht, das zollfreie Milchpulverimporte aus der EU



Mitarbeiterinnen einer kleinen Molkerei in Tambolo, die ausschließlich von Frauen beliefert wird.

festschreiben würde, hören die Abgeordneten zum ersten mal. Ein bewegender Ausspruch kommt hier von René Millogo, dem Koordinator von Pasmep: „Sie wollen uns von Produzenten zu Konsumenten machen.“ Mit „sie“ sind die Milchpulverexporteure aus Europa und anderswo gemeint.

Ausblick

Ob sich das zarte Pflänzchen lokale Milch weiterentwickelt, hängt ab von der Unterstützung des Staates, aber auch von der Konkurrenz durch importiertes Milchpulver. Milchbäuerinnen und -bauern sowie Molkereikooperativen beginnen, sich zusammenzuschließen und ihre Interessen auch gegenüber der Politik deutlicher vorzubringen. Haben sie Erfolg, stärkt das die Rolle der Frauen und verbessert das Einkommen der Haushalte.

Kerstin Lanje, Misereor

Glyphosat in aller Munde

Der Kampf um die Wiederzulassung des Herbizids in der EU ist noch nicht ausgefochten

Glyphosat, das weltweit am meisten verwendete Unkrautvernichtungsmittel, gerät zunehmend in die Kritik. Die Anwendung von Glyphosat nimmt von Jahr zu Jahr zu. Ebenso lassen sich seit Jahren schon Rückstände des Herbizids in Mensch, Tier und Umwelt nachweisen und nehmen Resistenzen gegen Glyphosat bei starker Anwendung zu.



Proteste gegen Glyphosat formierten sich in zahlreichen deutschen Städten.

Im Zusammenhang mit Glyphosat kritisieren Gegner – so auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) – immer wieder die intransparenten Zulassungsvorgänge ebenso wie den Einsatz des Mittels als billige Alternative zu gutem Ackerbau. Untersuchungen in Deutschland zeigen, dass der typische Starkanwender ein durchrationalisierter, fruchtfolgare Betrieb mit relativ großen Flächen und wenig Arbeitskräften ist. „Glyphosat steht für ein ackerbauliches System, dass wir nicht wollen“, sagt AbL-Bundesvorsitzende Gertraud Gafus. „Jenseits aller Diskussionen um die gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen des Wirkstoffes bleibt Glyphosat ein billiges Mittel, das Rationalisierung und industrielle Strukturen im Ackerbau unterstützt und fördert. In den vergangenen Jahren hat sich ein immer schnellerer und sorgloserer Griff zu Glyphosat als bequeme Lösung entwickelt.“ Statt als Notfalloption, wie ursprünglich mal gedacht und von kritischen Bauern und Bäuerinnen eingesetzt, sei Glyphosat inzwischen viel zu oft Standard auf dem Acker und auch auf dem Grünland. Die AbL fordert von der EU-Kommission, Glyphosat nicht wieder zuzulassen. Der Deutsche Bauernverband

und die Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, eine industrielle Lobbygemeinschaft, warnen dagegen vor „politischen Pflanzenschutzmittelzulassungen“ und davor, „wissenschaftlich haltlos zu skandalisieren und Panik zu schüren.“

Entscheidungsblockade in Brüssel

Der derzeit in Brüssel laufende Prozess um die Wiederzulassung gestaltet sich schwierig. Am Anfang standen sich zwei Seiten gegenüber: Die EU-Kommission schlug eine uneingeschränkte Wiederzulassung für 15 Jahre vor, entsprechend ihren wissenschaftlichen Quellen, der europäischen Lebensmittelsicherheits-Behörde (EFSA) und des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), die das Herbizid als unbedenklich einstufen. Dem gegenüber stand eine breite Gegnerschaft aus Umwelt- und GesundheitswissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und AktivistInnen – besonders entschlossen, seit die internationale Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation WHO Glyphosat für „wahrscheinlich krebserregend“ hält. Weiter anwachsender gesellschaftlicher Druck und die Ablehnung einer uneingeschränkten Wiederzulassung durch Mitgliedstaaten wie Italien, Frankreich, Schweden und die Niederlande führten dazu, dass die EU-Kommission die Entscheidung mehrfach verschob. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) konnten sich nicht einigen und sorgen somit für ein Quasi-Veto Deutschlands. Die Kommission hat sich nun für die zweitschlechteste Lösung entschieden und die Zulassung um 18 Monate verlängert, statt wie ursprünglich geplant für 15 Jahre.

Die EU muss die Risiken von Glyphosat nun erneut intensiv prüfen, und damit Risiken für Umwelt und VerbraucherInnen in Europa verringern. Sie könnte damit auch andere Länder wie Brasilien, Argentinien und Paraguay inspirieren, in denen der intensive Glyphosat-Einsatz im Sojaanbau zu großen Problemen führt.

Claudia Schievelbein, Redakteurin „Unabhängige Bauernstimme“

Regionales Futter – ein Schritt auf dem Weg aus der Milchkrise

Die zusätzliche Milcherzeugung in der EU ist der wichtigste Grund für die niedrigen Milchpreise. Durch eine andere Fütterung ließen sich Überschüsse reduzieren.

Die Europäische Union hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem der wichtigsten Exporteure von Fleisch- und Milchprodukten entwickelt. Nach dem Auslaufen der Quotenregelung 2015 sind die Milchexporte drastisch angestiegen. Die Tiere werden immer intensiver gefüttert, um kurzfristig eine höhere Milchleistung pro Kuh zu ermöglichen und die vielen immer größeren Herden zuverlässig versorgen zu können. Im Ergebnis gehen Kühe immer seltener auf die Weide, um Gras zu fressen. Stattdessen bekommen sie Mais-Silage, Getreide und Soja.

Diese Fütterung hat eine Reihe von Nachteilen:

- Kühe, die so gefüttert werden, bekommen häufiger Probleme mit Stoffwechsel und Verdauung, als die vor allem Gras fressenden.
- In Deutschland nimmt der Anbau von Mais und Getreide zu. Bodenfruchtbarkeit und Artenvielfalt gehen im Vergleich zu Grasland stark zurück.
- Soja wird aus Südamerika importiert, wo für den Anbau Kleinbäuerinnen und -bauern vertrieben und Wälder abgeholzt werden. Das Pflanzengift Glyphosat wird dort flächendeckend und noch intensiver eingesetzt als in der EU.

Regionale Alternativen in der Tierfütterung sind möglich

Germanwatch, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und der WWF stellen in einem gemeinsamen Hintergrundpapier Alternativen zur sojabasierten Fütterung vor. Bohnen, Erbsen, Klee gras und andere Leguminosen können Stickstoff aus der Luft binden und sich damit selbst sowie benachbarte Pflanzen düngen. Ihr regelmäßiger Anbau hilft dabei, Mineraldünger einzusparen und die Bodenqualität zu verbessern. Gerade bei Milchkühen können diese Pflanzen Soja gut als Eiweißfutter ersetzen, wenn die Kühe keine Höchstertträge bei der jährlichen Milchleistung bringen müssen. Noch wirksamer ist die weitgehende Umstellung auf Gras und Weide. Geringeren jährlichen Erträgen stehen hier höhere Milchqualität und geringere Futterkosten gegenüber. Gerade in Zeiten der durch Überproduktion verursachten Preiskrise, sollte es für Milchbäuerinnen und -bauern lohnend sein, durch eine regionale, artgerechtere Fütterung die Erzeugung zu dämpfen und die Milch als regional, gesünder und umweltfreundlicher vermarkten zu können.

Link zum Hintergrundpapier:
www.germanwatch.org/de/12377

Tobias Reichert

- Termine
- **Berlin, 30.9.–3.10.:** 2. „Wir haben es satt“-Kongress mit Beteiligung von Germanwatch. Weitere Infos unter: www.wir-haben-es-satt.de/start/kongress/startseite

■

Bonn, 24.10.: Germanwatch beim „Tag der Vereinten Nationen“, Infostand mit Germanwatch-MitarbeiterInnen. Weitere Infos unter: www.germanwatch.org/de/12097

■

Bonn, 29.11.: Laudato Si – Abschlussveranstaltung zu 25 Jahre Germanwatch & zum Partnerschaftsjahr mit der Stadt Bonn Infos ab Herbst unter: www.germanwatch.org/de/11933

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC / Swift: BFSWDE33BER

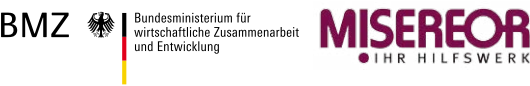
Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Tilman Santarius. Stand: Juni 2016.
Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage ca. 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Misereor.

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- ☐ Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/de/weitblick
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Klimakompakt (1 bis 2 Aus-sendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- ☐ _____ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/weitblick
- ☐ Sachcomic: Mensch. Macht. Milch. Wie Konzerne unsere bäuerliche Landwirtschaft verpulvern. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/11822
- ☐ Hintergrundpapier Reserveantibiotika in der Milcherzeugung in Deutschland. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/11560
- ☐ Hintergrundpapier: Billiges Milchpulver für die Welt. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/11024
- ☐ Studie: Schweine im Weltmarkt und andere Rindvieher. Die Klima-wirkung der exportorientierten Landwirtschaft in Deutschland. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/6351
- ☐ Hintergrundpapier: Eine gelungene Provokation für eine pluralisti-sche Weltgesellschaft. 8 Euro. www.germanwatch.org/de/10479
- ☐ Flyer: 25 Jahre Germanwatch. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/3308
- ☐ Unterrichtsmaterial: Wandel mit Hand und Fuß. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/12040

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Ver-sandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Be-trag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Globale nachhaltige Entwicklungsziele statt TTIP und Welthandelsorganisation

Die 2001 begonnene sogenannte Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO stagniert seit Jahren. EU und USA wollen des-halb mit regionalen Abkommen wie dem TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partner-ship) und dem Transpazifischen Gegenstück TPP die Liberalisierung des Welthandels voran-treiben.

Die 10. WTO-Ministerkonferenz im Dezem-ber 2015 in Nairobi war der letzte Versuch, die seit Jahren festgefahrene Doha-Runde zu einem Abschluss zu bringen. USA, EU und Japan wollten einen Abschluss aber nur zu ihren Bedingungen zulassen, die wiederum für Entwicklungs- und Schwellenländer nicht ak-zeptabel waren. Damit erklärten die Industrie-staaten die Doha-Runde faktisch für beendet. Immerhin war es in Nairobi noch gelungen, Exportsubventionen für landwirtschaftliche Güter dauerhaft zu verbieten. Praktisch hatten sie ohnehin keine Rolle mehr gespielt. Dass der Plan aufgeht, den Welthandel statt in der WTO nun in regionalen Abkommen der großen Han-delsmächte zu deregulieren, ist angesichts der wachsenden Proteste gegen TTIP und TPP zu bezweifeln.

Für eine normative Neuaus-richtung des multilateralen Handelssystems

Der bisherige Ansatz der internationalen Han-delspolitik, Märkte immer weiter zu deregulieren, ist in eine Sackgasse geraten. Grund hierfür ist zum einen ihr eigener Erfolg. Für die meisten Produkte wurden Zölle und andere Handelsschranken so weit gesenkt, dass sich durch eine weitere Marktöffnung kaum noch nennenswerte Kostensenkungen umsetzen las-sen. Zum anderen spielen gesamtgesellschaftliche Interessen wie Umwelt- und Verbraucherschutz, Menschen- und Arbeitsrechte sowie Armuts- und Hungerbekämpfung in Handels-abkommen bestenfalls eine Nebenrolle. Doch nicht zuletzt die vielen Demonstrationen gegen weitere Handelsverträge – zuletzt mit über



Kreativer Protest in Berlin, wo am 10. Oktober 2015 eine viertel Million Menschen gegen TTIP demonstrierten.

100.000 Menschen in Hannover – zeigen, dass diese Interessen immer wichtiger werden.

Internationale Handelsabkommen sollten an-dere und komplexere Ziele verfolgen als Markt-öffnung und Deregulierung. Mit der Verab-schiedung der globalen nachhaltigen Entwick-lungsziele (Sustainable Development Goals, SDG) durch die Vereinten Nationen im Herbst 2015 hat sich die Staatengemeinschaft einen Katalog von Aufgaben gesetzt, der zwar nicht bis ins Letzte kohärent, aber in Teilen durchaus fortschrittlich ist.

Eine glaubwürdige Politik muss die SDG auch als bindende Rahmensetzung für die Handels- und Investitionspolitik nutzen. Internationaler Handel ist kein Selbstzweck. Wenn er die SDG untergräbt, müssen Staaten gegensteuern kön-nen. Zugleich sollten Länder, die Exportgüter unter Bedingungen herstellen, die der Umset-

zung der SDG (z. B. Erhalt der Biodiversität, Klimaschutz, Arbeitsrecht) zuwiderlaufen, an den Verhandlungstisch gebracht werden. Der Handel muss zum Motor der Umsetzung der SDG werden – nicht zu deren Bremsklotz.

Damit ließen sich freilich nicht alle Probleme des internationalen Handelssystems lösen. Es könnte allerdings den Einstieg in eine ergeb-nisoffene Veränderung der einseitig auf De-regulierung ausgelegten Handelsregeln bieten, der mit den derzeitigen Zielkatalogen und Verhandlungsmandaten nicht möglich ist.

Tobias Reichert

Dieser Artikel basiert auf einer Analyse von Sven Hilbig (*Brot für die Welt*) und Tobias Reichert im *Sonderdienst des Informations-briefs Weltwirtschaft und Entwicklung* vom April 2014.

Mensch. Macht. Milch. Wie Konzerne unsere bäuerliche Landwirtschaft verpulvern

Ein Sachcomic von Germanwatch und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Die Landwirtschaft in Deutschland steht vor einem grundlegenden Wandel: Sie wird zunehmend auf Export getrimmt. Dies ist das Ergebnis der Rahmenbedingungen, die von der deutschen und EU-Politik gesetzt werden – maßgeblich auf Druck der exportorientierten Agrarindustrie. Bäuerliche Milchhöfe müssen wachsenden Betrieben weichen. Ökologie und Tierschutz stehen auf dem Spiel. Und in armen Ländern dieser Welt verzerren billige Lebens-mittel aus Europa und Deutschland die dortigen Märkte.

Der Sachcomic „Mensch Macht Milch“ gibt einen Einblick in die politische, gesellschaftliche, bäuerliche und privatwirtschaftliche Aus-einandersetzung um diese Entwicklungen. Und er macht Vorschläge, wie eine zukunfts-fähige Milchwirtschaft aussehen könnte.

Sie können den Comic auf der Website von Germanwatch herunterladen oder bestel-len: www.germanwatch.org/de/11822



Unterstützen auch Sie die unabhängige Arbeit von Germanwatch. Werden Sie Mitglied!

Anmeldemöglichkeit und weitere Infos: www.germanwatch.org/mitglied-werden